

# TAGUNGEN

## Labour bestätigt TUC - Politik

Der Parteitag der Labour Party in Margate, der drei Wochen nach dem Gewerkschaftskongreß stattfand, bestätigte noch überzeugender, als es im vorigen Heft schon vermutet wurde, die Übereinstimmung der Wirtschaftspolitik in den Arbeiterorganisationen in England. Die Mehrheiten, die die vorsichtige, immer wieder prüfende Haltung gegenüber weiteren Verstaatlichungen unterstützten, die im Aktionsprogramm des Vollzugsausschusses der Partei vertreten wird, fielen zur allgemeinen Überraschung noch größer aus als auf dem TUC-Kongreß in Douglas.

Zu diesem Programm, das als Arbeitsprogramm einer neuen Labour-Regierung gedacht ist und das den Titel trägt „Challenge to Britain“ (Challenge — hier soviel wie die Herausforderung, etwas zu leisten), hatte der linke Flügel des Parteitags — teils Gewerkschaften, teils Ortsverbände — Abänderungsvorschläge eingebracht, die die Nationalisierung bestimmter Industriezweige forderten; während das Programm lediglich eine Untersuchung dieser Industrien ankündigte, um festzustellen, welche Formen von Kontrolle oder des öffentlichen Eigentums, oder einer aus privaten und öffentlichen Betrieben gemischten Wirtschaftsform am geeignetsten sein würden. Dabei handelte es sich im wesentlichen um die Wirtschaftszweige, die auch auf Grund der von uns schon erwähnten Denkschrift des Generalrats der TUC zur Frage der Erweiterung des gemeinwirtschaftlichen Sektors in Douglas diskutiert worden waren.

Alle diese Abänderungsanträge wurden mit mindestens Zweidrittelmehrheit, manchmal fast mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt. Man hatte die Linke für stärker gehalten; denn zu den Stimmen der kritischen Gewerkschafter kommen auf dem Parteitag ja noch die der lokalen Einzelmitgliedschaften dazu, in denen die Linke stärker vertreten ist. Da nun auf dem Parteitag gerade einige der großen Gewerkschaften, die, wie die Eisenbahner und die Maschinenbauarbeiter, zur Linken gehören und gegenüber der Rechten verhältnismäßig mehr Stimmen haben als auf dem Gewerkschaftskongreß, so ergibt sich also, daß viele Delegierte auch der Einzelmitglieder für den gemäßigten Kurs gestimmt haben müssen. Um ein Beispiel zu nennen: Vom größten Gesamtverband, den Transportarbeitern, die „rechts“ stehen, sind von 1,4 Mill. Mitgliedern 835 000 kollektiv der Labour Party angeschlossen; die Eisenbahner haben 80 vH, die Maschinenbauer 78 vH ihrer Mitglieder in der Labour Party.

Zusammen hatten sie auf dem Parteitag 900 000 Stimmen, während sie auf dem TUC-Kongreß mit zusammen über eine Million hinter dem Transportarbeiterverband etwas zurückblieben.

Die Eisenbahner brachten wieder ihren Antrag zugunsten des *Mitbestimmungsrechts* in den nationalisierten Industrien ein, der aber wiederum mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Dagegen wurde ein Antrag eines Ortsverbandes angenommen, in dem eine neue Labour-Regierung beauftragt wird, zusammen mit den Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften — den Organisationen, die mit der Partei föderativ verbunden sind — „Vorschläge auszuarbeiten für die engere Zusammenarbeit von Betriebsarbeitern, Leitung und Konsumenten der nationalisierten Betriebe und für die bessere Überwachung der privatwirtschaftlichen Unternehmen“.

Diese vage Form, so allgemein gehalten, daß alle Möglichkeiten offen bleiben — von einfacher Verbesserung der „Beratenden Ausschüsse“ (Joint Consultation) bis zum Mitbestimmungsrecht —, ist durchaus absichtlich so gewählt — und dazu echt englisch: Man will die Gremien, die diese Sache untersuchen sollen, nicht schon vorher aufs Resultat festlegen.

Nachdem über die einzelnen Abschnitte des Aktionsprogramms in dieser Weise debattiert und abgestimmt worden war, wurde es als Ganzes nahezu einstimmig angenommen. Auch die Vertreter abgelehnter Ergänzungsanträge stimmten für das Programm. Der Mehrheitswille war bei den Einzelabstimmungen deutlich hervorgetreten; die Unterlegenen stimmten aus Respekt vor diesem Mehrheitswillen für dieses Programm — wieder eine typisch englische Erscheinung.

Während des ganzen Parteitages merkte man, wie sehr diese gemäßigte Haltung, diese Vorsicht, die Fabius-Cunctator-Haltung, davon beeinflusst ist, daß Labour sechs Jahre lang allein verantwortlich die Regierung führte: Vor allem dann, wenn ehemalige Minister sprachen — ob der ehemalige Schatzkanzler *Gaitskell*, der immer ein Mann der Rechten war, oder *George Strauss*, der damalige Rohstoffminister, der einmal zu den Linken gehört hatte. Zu der erworbenen Praxis und Sachkenntnis kommt das Bewußtsein, daß die ungestörte Stabilität der Volkswirtschaft und die großen sozialen Errungenschaften jener Jahre unter allen Umständen gesichert werden müssen.

Der Verlauf des Parteitages bewies nicht nur die Homogenität der Politik der Arbeiterorganisationen in England, sondern widerlegte auch die sooft gehörte Behauptung von Gegensätzen zwischen dem politischen und dem gewerkschaftlichen Flügel der Partei. Gewiß gibt es Meinungsverschiedenheiten, diese aber gehen quer durch beide Flügel, und auch die großen Gesamtverbände bilden keineswegs eine einheitliche Front innerhalb der Gewerkschaften.

Von den innerparteilichen Gegensätzen, die mit der *Bevan-Gruppe* zu tun haben und die voriges Jahr auf dem Parteitag so heftig aufeinanderprallten, war in Margate kaum noch etwas zu sehen. Natürlich liegt das vor allem daran, daß sich in der Frage der *Außenpolitik* und der *Aufrüstung* kein Gegensatz mehr findet. Solange die Spannung zwischen Ost und West die Weltpolitik bestimmt, steht auch die Labour Party geschlossen hinter Englands Verpflichtung, seinen Beitrag für die Rüstung zu leisten; in dieser Frage wurde die kleine pazifistische Gruppe, die, gewollt oder nicht gewollt, im Fahrwasser der „Fellow-Traveler“ segelt, auf dem Parteitag von den Politikern der *Bevan-Richtung* nicht unterstützt. Das Rüstungsprogramm soll von Jahr zu Jahr an Hand der politischen Lage und den wirtschaftlichen Möglichkeiten Englands neu überprüft werden.

In der *Deutschlandfrage* wurde der Anspruch Deutschlands auf Wiedervereinigung unterstrichen. Die Frage der deutschen Militärbeteiligung aber, so hieß es, müsse zurückgestellt werden, bis die Versuche, mit Moskau zu einer Verständigung zu kommen, erschöpft seien.

Die Partei konnte einen neuen Rekord der Mitgliederzahlen bekanntgeben: Die Einzelmitgliedschaft überschritt mit 1 014 524 zum erstenmal die Millionengrenze. Die Zahl der durch ihre Gewerkschaften angeschlossenen Mitglieder stieg auf über 5 Millionen — im ganzen hatte die Partei Ende 1952 6 107 659 Mitglieder.

Die *Wahlen zum Vollzugsausschuß* — dem Gesamtvorstand — ergaben in der Sektion der Einzelmitgliedschaften keine Veränderung; wieder wurden *Bevan* und seine fünf Freunde gewählt, außerdem wiederum *Jim Griffith*, der *Attlee* und *Morrison* nahesteht. Durch des letzteren Wiedereintritt in den Vollzugsausschuß, dadurch, daß sein Amt als stellvertretender Fraktionsführer nunmehr ex officio den Platz im Parteivorstand sichert, durch eine Änderung in der Frauensektion und in der Vertretung der Konsumgenossenschaften, ist die „Rechte“ des Parteivorstandes gestärkt worden. Mit sechs von 29 befindet sich die *Bevan-Gruppe* also in reduzierter Minderheit.

## Englands Konservative und der TUC

Die Haltung der britischen Konservativen Partei gegenüber dem englischen Gewerkschaftsbund (TUC) wurde eine Woche nach dem Parteitag der Labour Party auf ihrem ebenfalls in Margate stattgefundenen Jahreskongreß noch einmal klargestellt. Die Tatsache, daß der TUC ja nun einmal mit der Labour Party organisatorisch verbunden ist und den weitaus größten Anteil an der Finanzierung dieser Partei trägt, ist natürlich oft in der Presse und sonstigen

Publikationen der Konservativen, in Versammlungen und Reden diskutiert worden — je nach Einstellung und Temperament ablehnend oder sich damit abfindend.

Die Partei rechnet, daß etwa drei Millionen gewerkschaftlich organisierte Wähler ihre Partei oder die Liberale wählen. Die Auffassung, daß der TUC die Bindung zur Labour Party aufgeben sollte, ist gewiß oft gehört worden, aber die Alternative — wenn das nicht zu erreichen ist —, eigene Gewerkschaftsverbände aufzuziehen, ist höchstens hier und da aufgetaucht; bemerkenswerterweise aber haben sich in dieser Forderung die gegenwärtigen Minister, insbesondere der Arbeitsminister *Moncken*, immer sehr zurückgehalten. *Churchill* ging in seiner Rede in Margate so weit, mit einem etwas bissigen Humor festzustellen, es sei ja ganz gut, daß die Gewerkschaften mit der Labour Party verbunden seien, weil ihr Einfluß auf die radikalen Hitzköpfe nur gut sein würde.

Die Partei hatte 1952 eine Kommission eingesetzt, um ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften erneut zu prüfen und Vorschläge für die Arbeit in den Gewerkschaften zu machen. Dieser Kommissionsbericht lag nun vor, und er wurde, vom Parteivorstand empfohlen, nahezu einstimmig angenommen. Der Bericht beginnt mit dem Bekenntnis zum Gewerkschaftsgedanken und stellt folgende Grundsätze in den Vordergrund:

1. Es besteht keine Absicht, konservative Mitglieder der Gewerkschaften aus den bestehenden herauszuziehen und Sondergewerkschaften zu bilden. Sie werden aufgefordert, als Parteimitglieder sich an der Arbeit der örtlichen Partei zu beteiligen.

2. Es besteht keinerlei Absicht, sich in die notwendigen und legitimen Arbeiten des TUC einzumischen oder sie zu unterminieren, noch irgendwelche Konkurrenzgründung vorzunehmen.

3. Die Partei unterscheidet zwischen den Pflichten eines konservativen Gewerkschafters gegenüber seiner Gewerkschaft — seinen unpolitischen Pflichten — und seiner Tätigkeit als ein aktives Mitglied der Partei außerhalb seiner Gewerkschaftsorganisation — also den politischen Aufgaben.

Im übrigen werden die konservativen Gewerkschafter aufgefordert, in den Gewerkschaften zu arbeiten, sie „von der politischen Beherrschung durch Sozialisten und Kommunisten zu befreien“ und sich mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei zu befassen, damit sie diese in ihrer Arbeit wirksam vertreten können. Andererseits sollen sie auch in den örtlichen Parteiorganisationen, in den Fraktionen der politischen Körperschaften ihre gewerkschaftlichen Erfahrungen verwerten und die Partei in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen beraten.

Damit alle diese Aufgaben erfüllt werden können, sind folgende Maßnahmen vorgeschlagen: In jedem Wahlkreis werden die gewerkschaftlich organisierten Parteimitglieder zu einem Ausschuß zusammengefaßt, der aus sich heraus ein Komitee wählt, das die Verbindung mit der Parteiorganisation unterhält und für die Durchführung der obigen Richtlinien verantwortlich ist. Einmal im Jahr soll der Ausschuß zusammentreten, um die Wahlen zu dem Komitee und zu der Körperschaft vorzunehmen, die als Spitzenorganisation für die gewerkschaftliche Arbeit der Gesamtpartei bestimmt wird. Außerdem sollen aber auch Vertreter gewählt werden für die zu errichtende Organisation auf einer Zwischenstufe, zu der sich die Ausschüsse benachbarter Wahlkreisorganisationen zusammenschließen. Mit andern Worten: die Gewerkschaftsausschüsse der Partei sollen parallel mit den Gliederungen der Partei aufgebaut werden. Der Vorsitzende jedes Ausschusses soll — so wird empfohlen — auch stellvertretender Vorsitzender der parallelen Parteiorganisation werden. Beim Sitz des Hauptvorstandes der Konservativen Partei wird eine „Abteilung Industrie“ eingerichtet; sie hat den Aufbau der gewerkschaftlichen Organisationen in der Partei zu unterstützen und zu beraten.

Der Generalsekretär der Labour Party, *Morgan Phillips*, hat diese Pläne mit der kommunistischen Taktik der „Unterwanderung“ verglichen, ein Vergleich, der insofern schief ist, als ja die Gewerkschaften zweifellos einen nicht unbeträchtlichen Teil konservativer Wähler in ihren Reihen haben. Das ist ja auch ebenso legitim, wie es illegitim wäre, wenn in einer Partei ein Teil der Mitglieder einer anderen Partei angehörte. Aber auch unter politischen Gegnern der Labour Party werden Zweifel laut, ob die von den Konservativen nicht gewollte Spaltung des TUC nicht durch eine solche Fraktionsbildung provoziert wird. Der liberale „*News Chronicle*“ z.B. schreibt dazu:

„Wenn diese Pläne erfolgreich durchgeführt werden, dann fällt es schwer, einzusehen, wie die Konservative Partei die Garantie dafür übernehmen will, daß nicht zu irgendeiner krisenhaften Zeit, mit oder ohne Zustimmung der Parteiführung, die so organisierten Mitglieder einer Gewerkschaft den Bruch vollziehen. Die Geschichte der französischen Gewerkschaften — und auch die der amerikanischen — ist nicht dazu angetan, in einer Abspaltung etwas Vorteilhaftes für die Bewegung zu sehen. Sollte das in England passieren, unter Verantwortung der Konservativen, dann werden sie eher Anhänger unter den Arbeitern verlieren als gewinnen.“

BERNHARD REICHENBACH

## Das Darmstädter Gespräch

Seit einigen Jahren findet in Darmstadt unter der Schutzherrschaft der Stadtverwaltung das sogenannte „Darmstädter Gespräch“ statt. Hier treffen sich Gelehrte und Männer und Frauen des öffentlichen Lebens, um über Probleme zu diskutieren, die unsere Zeit und ihre Fragen betreffen. Es ist schon begrüßenswert an sich, daß echte Gespräche zustande kommen, Gespräche, die über den Rahmen eines kleinen Kreises Gleichgesinnter hinausgehen und sich zur Aufgabe gestellt haben, in ernster und sachlicher Art Meinungen miteinander auszutauschen und so auf alle Beteiligten klärend und belehrend zu wirken. Eine der Tragödien unserer Zeit ist es doch wohl, daß die meisten Menschen nicht mehr Zeit zu solchen Gesprächen haben, daß sie fertige oder, besser gesagt, halbfertige Meinungen entweder selbst sich bilden oder einfach übernehmen und daß, wo Gespräche stattfinden, sie zu Selbstgesprächen werden. Selbstgespräche finden täglich statt, und zwar nicht nur in der Form, in der sich der Mensch mit sich selbst zu unterhalten pflegt, sondern in Form von Konferenzen und Gruppentreffen, in denen sich Menschen derselben Art ihre eigenen Ansichten vortragen und befriedigt nach Hause gehen, weil sie feststellen können, daß sie ihrer eigenen Meinung sind. Klärende und belehrende Gespräche, wie in Darmstadt z. B., finden sehr selten statt, und schon aus diesem Grunde ist es ein Verdienst jener, die sich die Aufgabe dieser Gespräche stellten, das Zusammentreffen von Menschen verschiedener Anschauungen und Ansichten zu ermöglichen und ihnen Gelegenheit zu geben, miteinander und nicht nur im Rahmen der offiziellen Tagung Gespräche führen zu können.

Das Darmstädter Gespräch dieses Jahres stand unter dem Rubrum „Individuum und Organisation“, ein vielgestaltiges und sehr bedeutsames Thema, das jeden Menschen in unserer Zeit wirklich ernsthaft beschäftigen sollte. Die Problematik des Individuums in einer kollektiv organisierten Welt ist eine der Fragen, die unsere Zeit zu lösen hat, will sie nicht im totalen Kollektivismus untergehen. Alles Gerede über Freiheit und Menschenwürde wird sinnlos, wenn die Grenzen und die Aufgabe jedes Kollektivs in unserer Zeit nicht erkannt werden und als ihr Wertmesser das Individuum nicht bestehen bleibt.

Es trafen sich in den letzten Septembertagen Männer und Frauen in Darmstadt, die von allen Aspekten der Wissenschaft, des praktischen öffentlichen Lebens, der Publizistik und der Kunst dieses Problem besprachen, und wenn man unter ihnen nur einige Namen nennen will, so zeigen sie allein schon auf, wie verschiedenartige, zum Teil gegensätzliche

Meinungen von Vertretern derselben Arbeits- und Lebensbereiche dort zu Worte kamen. Neben den Philosophen *Max Horkheimer*, Frankfurt, *Franco Lombardi*, Rom, und *Jean Beaufret*, Paris nahm auch *Ortega y Gasset*, Madrid, sowie der Psychologe *Alexander Mitscherlich*, Heidelberg, an den Gesprächen teil, ebenso wie der Schriftsteller *Robert Jungk*, Los Angeles, und *Jean Hyppolite*, Paris. Die Gespräche befaßten sich aber diesmal nicht ausschließlich mit den philosophischen Aspekten des Themas, sondern gingen weitgehend auf die praktischen Wechselwirkungen zwischen Organisation und Individuum ein. Männer der Praxis, wie *Kurt Pentzlin* vom Refa-Verband, Hannover, und *Alois Prassel*, der bekannte Kaufmann und Unternehmer, behandelten diese Frage im Gespräch mit Gewerkschaftern wie *Ludwig Rosenberg* und *Dr. Erich Potthoff* — und *Robert Jungk*, der bekannte Schriftsteller aus den Vereinigten Staaten, sowie bedeutende Vertreter der öffentlichen Meinung erweiterten den Rahmen des so umfangreichen Themas.

Es besteht die Absicht, die dort vor einem sehr zahlreichen und sehr interessierten Publikum geführten Gespräche in Broschürenform zu veröffentlichen, und man darf mit großem Interesse dieser Veröffentlichung entgegensehen, um so mehr, als dadurch vielleicht etwas überwunden wird, was sich in der Durchführung der Gespräche als technisch nicht ganz vollkommen erwiesen hat, nämlich die Tatsache, daß es mehr zu einer Reihe von Kurzreferaten als zu echten Gesprächen gekommen ist. Wir geben zu, daß die Durchführung einer solchen Tagung in Form echter Gespräche außerordentlich schwierig ist. Trotzdem sollten sich die Veranstalter die Mühe machen, bei den Vorbereitungen für das nächste Jahr Überlegungen anzustellen, wie man vielleicht nach dem Muster der Runden-Tisch-Gespräche bei Radiosendungen den Charakter des Gesprächs mehr in den Vordergrund stellen könnte.

Es wird Kritiker geben, die bezweifeln, daß solche Veranstaltungen tatsächlich den Aufwand wert sind, den sie erfordern. Sicherlich wäre manches zu kritisieren, was der wirklichen Wirksamkeit dieser Gespräche Abbruch tut, insbesondere die Starallüren, die von manchem Redner den Eindruck hinterlassen mußten, als sei er nicht der Sache wegen, sondern „seines Auftritts“ wegen zu diesen Gesprächen erschienen.

Alles in allem aber müssen wir Darmstadt dafür dankbar sein, daß es Gelegenheit zu diesen Gesprächen geschaffen hat, und daß es diesmal aus der rein wissenschaftlich-theoretischen Atmosphäre zweifellos mit Erfolg gewagt hat, die behandelten Probleme mit der Wirklichkeit unserer Welt in enge Verbindung zu bringen.

LUDWIG ROSENBERG